

Coronabedingter Einbruch der Steuereinnahmen

Steuerschätzer erwarten mehr als 10 Prozent weniger

Die jüngste Steuerschätzung sagt einen starken Rückgang der Steuereinnahmen in Baden-Württemberg voraus. Auf Grund der Corona-Krise waren solche Zahlen erwartet worden, allerdings wurde deutlich, dass es sich um mit viel Unwägbarkeiten behaftete Zahlen handelt. Der Einbruch der Steuereinnahmen könnte noch stärker ausfallen als bisher prognostiziert. Angesichts der Ergebnisse der Steuerschätzung fordert der Bund der Steuerzahler eine neue Schwerpunktsetzung im baden-württembergischen Landeshaushalt. Es darf nur noch das ausgegeben werden, was absolut notwendig ist und der wirtschaftlichen Erholung dient.



Steuerschätzung

In den letzten Jahren war man gewohnt, dass jede neue Schätzung neue Rekordwerte bei den Steuereinnahmen vorhersagte und in der Regel die Einnahmen noch höher ausfielen als in der vorhergehenden Schätzung ausgewiesen. Seit 2010 sind die Steuereinnahmen in Baden-Württemberg von 18,9 Milliarden Euro auf 30,5 Milliarden Euro in 2019 explosionsartig angestiegen. Innerhalb von zehn Jahren ein Plus von über 60 Prozent. Doch mit diesem inflationären Steuererregen in den öffentlichen Kassen ist vorerst – coronabedingt – Schluss.

Die Mai-Steuerschätzung für das Land Baden-Württemberg sagt voraus, dass die Steuereinnahmen in diesem Jahr voraussichtlich um rund 3,3 Milliarden Euro niedriger liegen als im Landeshaushalt veranschlagt. Für das kommende Jahr wird sogar ein Rückgang um rund 3,5 Milliarden Euro prognostiziert. Damit liegen die Steuereinnahmen in beiden Jahren um mehr als zehn Prozent niedriger als bei der Verabschiedung des Doppelhaushalts im Dezember 2019 erwartet.

Für das Jahr 2020 sind im Landeshaushalt Netto-Steuereinnahmen von rund 31,3 Milliarden Euro veranschlagt. Das entspricht den Prognosen der Steuerschätzung im Herbst 2019. Nach der aktuellen Steuerschätzung könnten die Einnahmen auf 28,0 Milliarden Euro sinken. Für das Jahr waren 32,2 Milliarden Euro an Netto-Steuereinnahmen vorgesehen, die Steuerschätzer gehen nun von lediglich 28,7 Milliarden Euro Einnahmen aus.

Der Rückgang könnte allerdings noch deutlich höher ausfallen, dies sagt auch die baden-württembergische Finanzministerin Sitzmann. Weder ist bisher abzusehen, wie sich die Corona-Pandemie gestalten wird, noch gebe es eindeutige Aussagen zur weiteren Entwicklung der Konjunktur im Land und weltweit, was für die exportorientierte Wirtschaft Baden-Württembergs besonders wichtig ist. Um hier mehr Gewissheit zu haben, soll es erstmals in diesem Jahr eine zusätzliche Steuerschätzung Anfang September geben. Dann können auch die ersten Auswirkungen der Hilfsprogramme von Bund und Ländern einbezogen werden, die die Konjunktur wieder ankurbeln sollen.

In den SWR-Nachrichten äußerte sich Landesvorsitzender Bilaniuk zu den Zahlen der Steuerschätzung und forderte die Landesregierung auf alle Ausgaben auf den Prüfstand zu stellen.

Auch Kommunen betroffen

Aber nicht nur der Landeshaushalt gerät durch die einbrechenden Steuereinnahmen in eine massive Schieflage, sondern auch bei den Kommunen und Kreisen brechen die Steuereinnahmen weg. In diesem Jahr müssen sie mit rund 3,6 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen in Baden-Württemberg rechnen als noch im Herbst 2019 vorhergesagt. Der starke Einbruch ist insbesondere auf die rückläufige Gewerbesteuer zurückzuführen. Im nächsten Jahr könnten die Steuereinnahmen bei den baden-württembergischen Kommunen und Kreisen um ca. 2,3 Milliarden Euro zurückgehen.

Ausgaben müssen auf den Prüfstand

Angesichts eines Ausfalls der Steuereinnahmen von über zehn Prozent, gehören alle Ausgaben auf den Prüfstand. Nicht alles was wünschenswert ist, ist jetzt noch finanzierbar. Die Ausgaben des Landes müssen mittelfristig den sinkenden Einnahmen angepasst werden und es ist eine neue Schwerpunktsetzung im Haushalt, insbesondere zur Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise, nötig.

Dies bedeutet eine kritische Überprüfung aller Ausgaben im Haushalt. Im Mittelpunkt sollte die Hebung aller Finanzreserven und die Auflösung von Rücklagen, eine Begrenzung der Personalausgaben durch maßvolle Tarif- und Besoldungspolitik sowie die zeitweise Nichtbesetzung frei werdender Stellen, die Reduzierung von Subventionen und Finanzhilfen sowie die Überprüfung von Leistungsgesetzen stehen.

Auch bei den Kommunen und Landkreisen müssen die Haushalte auf Einsparungsmöglichkeiten durchforstet werden und der Schwerpunkt auf Maßnahmen gelegt werden, die der wirtschaftlichen Erholung dienen. Eine solche Sparpolitik ist angesichts der Corona-Krise kein Selbstzweck. Am Ende gewinnt das Land und seine Bürger über den Weg solider öffentlicher Finanzen.